

# Das Wahlergebnis ist für uns enttäuschend

Zur politischen Lage nach den Kommunalwahlen in Brandenburg erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

1. Die CDU hat bei den Kommunalwahlen in Brandenburg schlecht abgeschnitten. Das Wahlergebnis ist für die CDU enttäuschend.
  2. Der CDU ist es nicht gelungen, ihre Wählerschaft ausreichend zu mobilisieren. Direkte Vergleiche mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen 1990 sind aber fragwürdig, weil damals Bauernpartei (DBD), der Demokratische Aufbruch und Listenverbindungen neben der CDU kandidierten, die heute voll als CDU-Anteile 1990 dargestellt werden. Die geringe Wahlbeteiligung ist voll zu unseren Lasten gegangen. Die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft wird im kommenden Jahr erfolgsentscheidend sein.
  3. Die Kommunalwahlen in Brandenburg können aus methodischen Gründen nicht zu einer Testwahl hochstilisiert werden. Gleichwohl drückt sich in ihnen ein aktuelles Meinungsklima aus, auf das die CDU offensiv reagieren wird.
  4. Stimmungsbeherrschend ist derzeit die Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze. Die CDU wird in einer Argumentationsoffensive deutlich machen, daß nur unser konsequenter Spar- und Konsolidierungskurs das Geld stabil, die Wirtschaft wettbewerbsfähig und Sozialleistungen bezahlbar hält. Die
- (Fortsetzung Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

- **Sachsen-Anhalt**  
Ministerpräsident Christoph Bergner — eine überzeugende Wahl. Seite 5
- **CDU/CSU**  
Wolfgang Schäuble und Michael Glos: Wir wollen und brauchen den Erfolg der Union und der Koalition. Seite 6
- **Sozialdemokraten**  
SPD bleibt auch finanzpolitisch alten Denkschablonen verhaftet. Seite 7
- **Europa**  
Senioren-Union arbeitet an einer europäischen Senioren-Politik. Seite 11
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Materialien zur Mitgliederwerbung und Werbemittel der Frauen-Union. Seite 24—27
- **Dokumentation**  
Bundeskanzler Helmut Kohl: Europa bringt Millionen Arbeitsplätze für Deutschland. Regierungserklärung. Grüner Teil

„Aktion des Monats“

S. 21—23

(Fortsetzung von Seite 1)

Sicherung der Arbeitsplätze und die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder bleiben die politische Aufgabe Nummer eins.

**5.** Eine traurige Ironie der deutschen Geschichte ist das Auftrumpfen der SED-Nachfolgeorganisation PDS. Diejenigen, die uns Diktaturfolgen und ökonomisches Desaster hinterlassen haben, kochen jetzt ihr politisches Süppchen auf dem Kleinholz, das sie selbst geschlagen haben.

**6.** Die Gehaltsaffäre in Sachsen-Anhalt hat der CDU schwer geschadet. Die Wähler in Brandenburg haben dies die CDU spüren lassen. Die engagierte Arbeit unserer Kommunalvertreter wurde dadurch deutlich überlagert.

**7.** Die brandenburgische CDU hatte bei dieser Kommunalwahl noch nicht ihre volle Wahlkampfstärke erreicht. Die personellen Querelen der Vergangenheit waren bei den Wählern noch nicht vergessen. Die neue Landesvorsitzende Carola Hartfelder konnte mit ihrer überzeugenden Arbeit in der kurzen Zeit seit ihrer Wahl die Defizite der Vergangenheit noch nicht vollständig überwinden.

**8.** Das Wahljahr 1994 wird für die Union eine große Herausforderung.

Diese werden wir dann erfolgreich bestehen, wenn wir argumentativ überzeugend, wirtschaftlich kompetent, sozial sensibel und geschlossen für unsere Politik eintreten.

**9.** Die Koalition in Bonn muß die Signale aus Brandenburg ernst nehmen. Unnützer Streit und eigensüchtige Profilierungsversuche werden vom Wähler nicht honoriert. Es gilt jetzt, konsequent die Probleme vom Tisch zu räumen.

**10.** Die Koalition der Mitte hat unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl für Deutschland Entscheidendes erreicht. Wir werden diese politische Zusammenarbeit fortsetzen. Die Bundesregierung und die Koalition haben sich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Umstrukturierung der Industrie in Brandenburg mit hohen Milliardenbeträgen engagiert. Dabei war die Sicherung wichtiger Industrieregionen ein Schwerpunkt unseres Engagements. EKO-Stahl ist hierfür ein Beispiel. Diese Arbeit werden die Bundesregierung und die Koalition mit allen Kräften in Brandenburg ebenso wie in den anderen neuen Bundesländern fortsetzen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Gerade die neuen Länder brauchen politische Stabilität und unsere der deutschen Einheit verpflichtete Politik.

## Landesvorsitzende Carola Hartfelder: Wir haben unsere Wähler nicht auf die Beine gebracht

*Wir hatten 1990 25 Prozent der Stimmen landesweit erhalten. Die Ursachen für die heutigen Verluste sehe ich darin, daß SPD und CDU es nicht geschafft haben, ihre Wähler auf die Beine zu bringen, dagegen die PDS es wirklich verstanden hat, das zu tun. Die SPD und die CDU haben es nicht geschafft, den Wählern deutlich zu machen, woran unsere Schwierigkeiten liegen, nämlich an 40 Jahren DDR und nicht an den Veränderungen nach 1990.*

# Infas: Anzeichen für eine eigene ostdeutsche Parteienlandschaft

**Bei der Kommunalwahl in Brandenburg haben die Wähler nach Ansicht des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) in Bonn-Bad Godesberg im vierten Jahr der Einheit Zeichen für eine eigene ostdeutsche Parteienlandschaft gesetzt.**

In einer Analyse stellt Infas ferner fest, daß auch in Brandenburg wie zuletzt in Westdeutschland die Gruppe der Nichtwähler stärker als jede andere Partei war. Mit der CDU habe es praktisch nur einen Verlierer gegeben. Bei der SPD hätten die Wähler vor allem sozialen Schutz gesucht. Die PDS habe offenbar die Ernüchterung der Ostdeutschen grundsätzlich artikuliert. SPD und PDS seien zusammen von zwei Dritteln der derzeit Arbeitslosen gewählt worden. Infas analysiert:

## Die kleineren Parteien traten auf der Stelle

Bei den Kommunalwahlen am 5. Dezember in Brandenburg haben die Wähler mit der Wahl ihrer kommunalen Vertreter besondere und eigenwillige Signale gesetzt. Sie geben Aufschluß über mögliche allgemeine Trends im „Superwahljahr“ 1994 und besonders über künftige Entwicklungen in Ostdeutschland. Anders als bei den jüngsten Wahlen in den alten Bundesländern, wo beide Volksparteien den Wählerverdruß zu spüren bekamen, und der Protest am rechten und linken Rand ein Ventil fand, gab es in Brandenburg praktisch nur einen Verlierer, die CDU. Die im Lande regierende SPD und auch die opponierende PDS konnten in glei-

chem Maße zulegen, während die kleineren Parteien allesamt auf der Stelle traten. Aber ebenso wie zuletzt in Westdeutschland wurden die Nichtwähler auch in Brandenburg stärker als jede andere Partei. Mit über 60 Prozent Wahlbeteiligung bewahrheitete sich jedoch nicht die Befürchtung, die Hälfte der Wahlberechtigten könne zu Hause bleiben.

## Bürgerbündnisse ohne den erwarteten Erfolg

Ein Scheitern der Rechtsparteien war praktisch vorprogrammiert, weil es ihnen nirgendwo gelungen war, für die Kreistagswahlen Kandidaten aufzustellen. Allerdings haben Unmut und Enttäuschung, die sich seit der Wende angestaut haben, auch den Bürgerrechtsparteien von 1989/90 keine neuen Wähler zugeführt. Dabei wurde die Verbindung von Bündnis 90 und Grünen von den Wählern angenommen, die auf Selbständigkeit bedachten Bürgerbündnisse blieben dagegen ohne den erwarteten Erfolg. Zwei Motivlagen trafen aufeinander und beförderten den Trend zu SPD und PDS. Wer sich der SPD zuwandte, suchte vor allem sozialen Schutz in der pragmatischen Erwartung von Hilfe durch die Landesregierung. Die Stimmung vieler anderer traf jedoch offenbar die PDS, indem sie mit ihrer betonten Ostidentität die Gefühle der Wendeverlierer ansprach und damit grundsätzlich die Ernüchterung der Ostdeutschen artikuliert. Indiz für die Ursachen dieser zwei sich überlagernden Wahlpräferenzen: Zusammen zwei Drittel der derzeit Arbeitslosen haben diese beiden Parteien gewählt.

Die Angebote des Drei-Stimmen-Wahlrechts mit der Möglichkeit, zu kumulieren und zu panaschieren, haben die Brandenburger sehr zielstrebig ausgenutzt. Knapp die Hälfte der Wähler haben ihre drei für die Kreistagswahl verfügbaren Stimmen auf verschiedene Parteien verteilt (panaschieren). Bei den Wählern der kleineren Parteien waren dies sogar zwei Drittel. Allein bei der PDS war die Parteibindung überdurchschnittlich. Auch in dieser Hinsicht haben die Brandenburger ein Signal gesetzt — nicht parteitreue, sondern personenbezogene Kandidatenauslese war ihr Wahlprinzip; gewählt wurden Personen statt Parteien. Auf diese Weise haben sie eine selbstbewußte und intelligente Antwort auf die Parteiverdrossenheit gegeben.

### Stichwahlen in drei kreisfreien Städten

Beispielhaft wird diese Tendenz beleuchtet durch die Oberbürgermeisterwahlen in den vier kreisfreien Städten. In Frankfurt/Oder wurde der parteilose amtierende OB mit über 60 Prozent wiedergewählt. In Potsdam verwies der PDS-Kandidat Kutzmutz, obschon kurz zuvor der IM-Tätigkeit überführt, den Amtsinhaber von der SPD auf den zweiten Platz. In der notwendigen Stichwahl hat der PDS-Kandidat aufgrund seines Vorsprungs die besseren Karten. Auch in Cottbus und in Brandenburg (Stadt) wird es Stichwahlen geben, wobei aber jeweils der Amtsinhaber vorn liegt.

Symptomatisch für den gesamten Wahlgang ist die Entwicklung in den bisherigen Schwerpunkten von CDU und PDS. In den ländlichen CDU-Hochburgen an der Peripherie im Norden und Süden Brandenburgs verliert die CDU an die SPD und an die Nichtwähler. In den Schwerpunktgebieten der PDS im Nordosten des Landes und dem dichten Gürtel um Berlin holte die PDS zusätzliche Stim-

men von der CDU. Diese Austauschmuster machen auch die dominanten Ströme der Wählerwanderungsbilanz aus.

Trotz — oder vielleicht wegen — der Zuwanderung von der CDU schärfte die PDS ihr bisheriges Wählerprofil als städtische Partei der Intelligenz und der alten Kader. Unter Oberschulabsolventen rückte die PDS zur mit Abstand stärksten Partei auf. Für einen Neuanfang bei den Jungwählern gibt es indessen kein Indiz. Geholfen haben der PDS offenbar auch die zahlreichen Konflikte um ungeklärte Eigentumsprobleme und Rückgabeforderungen.

Die regionalen Sondererfolge der PDS in den großen Städten lassen es nun aussichtsreicher erscheinen, daß die PDS 1994 trotz bundesweiter Fünf-Prozent-Hürde mit drei Direktmandaten in den Bundestag einzieht. Nicht nur unter diesem Aspekt wird das Wahlergebnis in Brandenburg die Debatte um die politische Bewältigung der DDR-Vergangenheit und die Rolle der SED-Nachfolgepartei erneut aufheizen. Der Versuch der Brandenburger Wähler, mit ihrem Votum vermeintlicher oder tatsächlicher „Überfremdung“ des Ostens durch den Westen entgegenzuwirken, könnte daher erneut die deutsch-deutsche Entfremdung wachsen lassen.

### Wähler in Brandenburg orientieren sich neu

Nach den Wahlen des Jahres 1990 schien es so, als sei das westdeutsche Parteienggefüge in seinen wesentlichen Grundzügen nach Osten „exportiert“ worden. Der Wahlrend in Brandenburg vom 5. Dezember 1993 läßt erkennen: Trotz labiler Parteibindungen orientieren sich die Wahlbürger in Brandenburg im vierten Jahr der Einheit neu und setzen Zeichen für eine eigene ostdeutsche Parteienlandschaft.

## Überzeugende Wahl

**Zur Wahl von Christoph Bergner zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die überzeugende Wahl von Christoph Bergner zum neuen Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Kraft und Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Die frei gewählten Abgeordneten sind in großer Zahl ihrem Gewissen gefolgt, statt sich dem Psychodruck ihrer Parteiführungen zu beugen. Die Abgeordneten haben gezeigt, daß ihnen die Verantwortung für das Land Sachsen-Anhalt wichtiger ist als parteitaktische Winkelzüge.

Das Ergebnis muß all jene beschämen, die ihre Abgeordneten gezwungen haben, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Wichtig ist jetzt, daß es rasch zu einer handlungsfähigen Regierung kommt. Ich bin zuversichtlich, daß die FDP-Fraktion ihre Mitwirkungsverantwortung erkennt und sich an der Regierung beteiligt.



**Christoph Bergner ist am 2. Dezember zum neuen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt gewählt worden. Der Chef der CDU-Fraktion im Magdeburger Landtag erhielt in geheimer Abstimmung 60 Stimmen und damit sechs mehr, als zur absoluten Mehrheit notwendig gewesen wären. An der Wahl hatten lediglich 83 der 106 Abgeordneten teilgenommen. 19 Abgeordnete der SPD und zwei fraktionslose Parlamentarier blieben der Abstimmung fern. Zwei Landtagsabgeordnete waren nicht zur Sitzung gekommen.**

## Generalsekretär Peter Hintze: SPD am Scheideweg

Die SPD darf der SED-Nachfolgeorganisation PDS jetzt nicht bei dem Versuch der Kommunisten, politisch hoffähig zu werden, die Hand reichen. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, für wieviel menschliches Leid und für welches wirtschaftliche Desaster die SED verantwortlich ist. Ich fordere den SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping auf, sich eindeutig von Bündnissen, Tolerierungsabkommen mit der SED-Nachfolgeorganisation PDS und stillschweigender gegenseitiger Unterstützung zu distanzieren. Rudolf Scharping muß seine Interview-Äußerungen über eine mögliche Zusammenarbeit mit der PDS bei der Oberbürgermeisterwahl und in den Kreistagen in Brandenburg zurücknehmen. Wenn die SPD auf die Stimmen der Kommunisten schießt — jetzt oder in Zukunft —, dann sollte sie das Wählern in ganz Deutschland mitteilen.

# Wir wollen und brauchen den Erfolg der Union und der Koalition

**In einer gemeinsamen Erklärung haben am 3. Dezember der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, klaren Kurs und Geschlossenheit im Interesse der Zukunft Deutschlands gefordert:**

Unser Land steht vor großen Herausforderungen, insbesondere auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet. Die Union und Bundeskanzler Helmut Kohl stellen sich ihrer Verantwortung gemäß unserem Wählerauftrag. Wir sind die prägende politische Kraft in Deutschland. Die Vollendung der deutschen Einheit und die Sicherung des Standorts Deutschland sind die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

In den letzten Wochen haben wir u. a. mit dem Spar- und Konsolidierungsprogramm, dem Standortsicherungsgesetz und der Bahnreform wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland macht deutlich, vor welchen entscheidenden Fragestellungen unser Land steht und welcher konkrete Handlungsbedarf in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik besteht. Bei dieser wichtigen

Auseinandersetzung wird die Union Perspektive und Orientierung geben.

Bei allen aktuellen Schwierigkeiten kommt es daher darauf an, daß die Union weiter klaren Kurs hält und geschlossen bleibt. Wir wollen und brauchen den Erfolg der Union und der Koalition.

Die Union wird sich in den kommenden Monaten im Interesse der Arbeitsplätze in unserem Lande ganz auf die Zukunftssicherung des Standorts Deutschland konzentrieren. Bei dieser großen Aufgabe und Herausforderung braucht die Union große Geschlossenheit. Sie wird den politischen Notwendigkeiten nicht gerecht werden können, wenn in den eigenen Reihen ungenügender Gestaltungswille oder mangelnde Kampfbereitschaft vorhanden sind.

## **SPD bleibt regierungsunfähig**

Zu dieser Politik der Sicherung des Standorts Deutschland gibt es keine verantwortliche Alternative. Die SPD-Partei beschlüsse in Wiesbaden würden nämlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft schwächen und damit Arbeitsplätze gefährden sowie uns außenpolitisch isolieren. Die SPD bleibt regierungsunfähig.

## **Richtfest für ersten Abschnitt des Leipziger Großprojektes**

In Leipzig entsteht für eine Milliarde DM ein nach Angaben der Bauherren in Deutschland einmaliges Großprojekt für Einkauf, Gewerbe, Freizeit- und Wohnanlagen. 1995 sei das Zentrum fertig, das mit 570.000 Quadratmetern größer sei als die Leipziger Innenstadt, sagte Heinz Barth, Chef der FTG Finanztreuhand (Köln), beim Richtfest für den ersten Bauabschnitt. Insgesamt sollen in dem Zentrum 4.000 Arbeitsplätze entstehen.

# SPD bleibt auch finanzpolitisch alten Denkschablonen verhaftet

Der Abschluß der Haushaltsberatungen zeigt die Entschlossenheit der CDU-geführten Bundesregierung, die Finanzen zu konsolidieren, gleichzeitig aber auch alle Gruppen der Gesellschaft sozial gerecht in das Sparkonzept einzubeziehen. Die Sozialdemokraten haben dagegen außer verbalen Rundumschlägen und demagogischen Verunglimpfungen keinerlei finanzpolitische Alternativen zu bieten.

Es werden Horrorszenarien aufgebaut, die den Zusammenbruch im Westen Deutschlands bis hin zum „Staatsbankrott“ prophezeien und den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern zerreden. Die Strategie der SPD ist unseriös: Sie geißelt die Bundesregierung und die Koalition als größten Schuldener, propagiert wachstumsfeindliche und unausgelegene Rezepturen, polemisiert gegen unausweichliche Sparmaßnahmen und will gleichzeitig die ohnehin zu hohe Steuerlast noch weiter erhöhen.

● **Die SPD behauptet, daß die Regierungskoalition finanzpolitisch am Ende sei.** —

**Richtig ist,** daß die CDU gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten Gestaltungskraft und Durchsetzungskraft unter Beweis stellt. Die SPD hat dagegen auf ihrem Bundesparteitag in Wiesbaden erneut ihre finanzpolitische Unfähigkeit dokumentiert. Wie unsolide und unseriös sich die SPD präsentiert, wird daran deutlich, daß sie auf der einen Seite fordert, die Schulden zu senken, aber im gleichen Atemzug das Sparvolumen der Bundesregierung ablehnt und sogar neue

zusätzliche milliardenträchtige Ausgabenprojekte einfordert.

Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte greifen die Vorstellungen der SPD zur Konsolidierung der Finanzen zu kurz. Ihre Sparvorschläge bleiben vage und nebulös, zur Konsolidierung fallen der SPD nur die Stichworte „Steuerrückziehung“ und „Wirtschaftskriminalität“ ein. Wenn die SPD darüber hinaus meint, über Umverteilung und die Bestrafung der Leistungsfähigkeit von Bürgern und Unternehmen die Solidität der Finanzen sichern zu können, übersieht sie, daß wir uns auf einem schmalen

**Durch das Schröpfen von Bürgern und Unternehmen würde die Konjunktur nur weiter in die Knie gezwungen.**

Grat bewegen: Neue zusätzliche milliardenschwere Ausgabenprojekte sind ohne solide Gegenfinanzierung finanzpolitisch nicht vertretbar. Im Interesse der Stabilität der D-Mark müssen auch Steuern, Verschuldung und Einsparungen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Unabweisbare, sicherlich in Einzelfällen auch schmerzhaft Sparmaßnahmen dürfen nicht von vorneherein pauschal abgelehnt werden.

● **Die SPD behauptet, daß die CDU-geführte Bundesregierung den Staat in eine Schuldenkrise führe.** —

**Richtig ist,** daß sich die SPD einer Konsolidierung der Finanzen verweigert. Die Konsequenzen aus ihrer Verweigerung

rungs- und Blockadepolitik bei den Sparmaßnahmen fügt der Zukunftssicherung unseres Landes schweren Schaden zu und schwächt zugleich das Vertrauen der Märkte in eine solide deutsche Wirtschaftspolitik, mit verheerenden Folgen auch für die Stärke unserer Währung.

Die SPD sollte sich auch in Erinnerung rufen, daß von 1969 bis 1982 unter ihrer Verantwortung die Bundesaussgaben von 82,3 auf 244,6 Milliarden DM auf fast das 3fache, von 1982 bis 1994 aber nicht einmal auf das Doppelte (480,0 Milliarden DM) stiegen. Bei der Entwicklung der Verschuldung ist die Diskrepanz noch spektakulärer: Unter Verantwortung der SPD explodierte sie von 45,2 Milliarden DM auf 308,5 Milliarden DM, also auf das 6,8fache. Seit 1982 stieg sie nur auf das 2,4fache (737 Milliarden DM 1994). Der Schuldenzuwachs beim Bund ist heute wesentlich geringer als damals.

Daß die SPD auch heute noch nicht mit Geld umzugehen versteht, zeigt sich auch in den Ländern, in denen sie Verantwortung trägt. So steht das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen finanziell vor dem Kollaps und sitzt auf einem Schuldenberg von über 100 Milliarden DM. Der Haushalt des SPD-geführten Niedersachsens ist mittlerweile aus den Fugen geraten. Obwohl die Steuereinnahmen jährlich um durchschnittlich 6,2 Prozent wuchsen, sind die von Gerhard Schröder Jahr für Jahr aufgetürmten Schulden um durchschnittlich 11 Prozent gestiegen. Dabei sind die Investitionen stetig gefallen und die neu aufgenommenen Kredite vor allem in den Staatskonsum geflossen.

Wenn sich die SPD weiterhin einer Konsolidierung der Finanzen entzieht, hat sie die Verantwortung dafür zu tragen, daß sich die hohen Defizite verfestigen und die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt. Ohne die vorgesehenen Einsparungen

würde das Defizit des Bundes allein 1994 eine fast dreistellige Milliardenhöhe erreichen.

Angesichts der bereits erreichten hohen Steuer- und Abgabenquote gibt es deshalb zu den vorgesehenen Sparmaßnahmen keine Alternative. Oberstes Ziel der Haushaltspolitik muß es in dieser Situation sein, durch eine strikte Sparpolitik auf der Ausgabenseite aller öffentlichen Haushalte die Voraussetzung für eine Konsolidierung der Finanzen zu schaffen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat nach der Regierungsübernahme 1982 schon einmal bewiesen, daß nur sie Garant für finanzpolitische Solidität und Geldwertstabilität ist, daß sich nur durch Sparen, Konsolidieren und durch eine Steuerpolitik, die sich an der Leistungsfähigkeit orientiert, Wachstumskräfte stärken lassen und die staatliche Kreditaufnahme schrittweise zurückgeführt werden kann.

● **Die SPD behauptet, daß die Sparmaßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung sozial unausgewogen seien und zu Lasten des „kleinen Mannes“ gingen.**

**Richtig ist**, daß der mit Abstand größte Einzelplan mit einer Rekordhöhe von über 130 Milliarden DM nach wie vor der Sozialhaushalt ist. Seine Höhe grenzt jetzt an den Gesamtumfang des Bundshaushaltes von 1974, dem letzten Jahr der Regierung Brandt. Seither haben sich die Sozialausgaben auf das 5fache erhöht, wodurch der Vorwurf des angeblichen „Sozialabbau“ widerlegt ist.

Wenn die SPD heute auch den Eindruck erweckt, die Sparmaßnahmen gingen ausschließlich zu Lasten des „kleinen Mannes“, dann verschweigt sie, daß die Maßnahmen im Föderalen Konsolidierungs-

programm und im Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm in einem engen Zusammenhang stehen. Wir wollen zu einer gleichmäßigen Belastung der Bevölkerung gelangen, die die jeweilige Leistungsfähigkeit der einzelnen Gruppen berücksichtigt.

Im Gegensatz zu den Sozialneidkampagnen der SPD ist die Politik der CDU sozial ausgewogen, denn die CDU trägt dafür Sorge, daß alle Gruppen an der solidarischen Verpflichtung zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zum Aufbau in den neuen Bundesländern beteiligt werden. Das Konzept der CDU bezieht deshalb alle ein: Arbeitnehmer und Angestellte ebenso wie Unternehmer, Politiker, Selbständige und Beamte.

● **Beamte:** Als Signal ist eine Nullrunde 1994 vorgesehen. Bundesminister und Staatssekretäre verzichten bereits seit 1992 auf die Erhöhung der Bezüge.

● **Die Bezieher höherer Einkommen** werden ab dem 1. Januar 1995 wieder einen Solidaritätszuschlag zahlen, der sich streng an der Leistungsfähigkeit des einzelnen orientiert. Bereits heute tragen sie schon entsprechend der Progression der Einkommensteuer höhere Lasten. Die Verdoppelung des Steuersatzes bei der privaten Vermögensteuer betrifft gerade diesen Personenkreis. Auch Politiker zahlen den Solidaritätszuschlag.

● **Der Subventionsabbau** wird fortgesetzt. Von 1991 bis 1994 gehen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes im Westen um fast ein Viertel zurück. Neben der Reduzierung der Berlin- und Zonenrandförderung wirken sich das Subventionsabbaupaket 1991/1992 sowie die Einsparungen im Föderalen Konsolidierungsprogramm und im Haushalt 1994 aus. In den alten Ländern kommt es in den Bereichen Regionalförderung, Luftfahrtindustrie, Landwirtschaft, Bergbau

und Schiffbau von 1991 bis 1994 zu einem deutlichen Subventionsabbau. Neben den Steuervergünstigungen des Bundes sind in den letzten Jahren weitere steuerliche Vorteile abgebaut worden. Zusammengekommen sind seit 1990 steuerliche Vergünstigungen und Sonderregelungen von 38 Mrd. DM bei Bund, Ländern und Gemeinden eingeschränkt worden, einschließlich der Gegenfinanzierung zum Standortsicherungsgesetz. Der Subventionsabbau bleibt auch weiterhin eine Daueraufgabe.

● **Die Ausnutzung von Steuerspielräumen** wird eingeschränkt, aber auch der Mißbrauch von Sozialleistungen wird verstärkt bekämpft.

Niemand soll über Gebühr belastet werden, aber alle müssen sich an den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen beteiligen. Auf Sparmaßnahmen kann deshalb auch bei sozialen Transferleistungen nicht verzichtet werden. Denn Konsolidierungsmaßnahmen müssen notwendigerweise auch dort ansetzen, wo der Staat am meisten ausgibt — nämlich im Sozialbereich. Die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung von 15 Mrd. DM hat bei einem Sozialbudget von 1.000 Mrd. DM — also in Höhe von rund 1,5 Prozent — mit sozialem Kahlschlag oder sozialem Abbau in Deutschland gar nichts zu tun. Trotz der deutlichen Einsparung im sozialen Bereich bleibt das System der sozialen Sicherung in Deutschland sowohl in seinem Volumen als auch in seiner Vielfalt weltweit vorbildlich.

● **Die SPD behauptet, daß die CDU die Arbeitsmarktpolitik im Osten vernachlässigen würde.** —

**Richtig ist,** daß die Arbeitsmarktpolitik für die CDU einen besonders hohen Stellenwert hat. Davon profitieren vor allem die Bürger in den neuen Bundesländern. Für die arbeitslosen Menschen

in den neuen Bundesländern wurde durch die Einführung des § 249 h in das Arbeitsförderungs-gesetz eine wegweisende Entscheidung für die Schaffung von produktiver Beschäftigung getroffen statt der Zahlung von Arbeitslosengeld oder -hilfe, außerdem wurden Akzente durch Sonderprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesetzt. Im Oktober 1993 waren bereits 50.000 Arbeitsplätze gemäß § 249 h AFG eingerichtet, bis Jahresende werden es voraussichtlich fast 80.000 Stellen sein.

1992 wurden im Jahresdurchschnitt 388.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Osten finanziert. Das waren dreizehnmal soviel wie 1982 in der alten Bundesrepublik. Durch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d. h. berufliche Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld, wurde der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern im Oktober 1993 um rund 1,4 Mio. und in den alten Bundesländern um 0,6 Millionen Arbeitssuchende entlastet.

Fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze konnten in den bis Ende Oktober 1993 rund 13 400 privatisierten Unternehmen gesichert werden.

### Mit der SPD ist die Zukunft nicht zu bewältigen

Die SPD vermittelt weniger denn je finanzpolitische Perspektiven. Neue

Erkenntnisse sind bei der SPD nicht zu machen. Mehr Staat, mehr Dirigismus, weniger Stabilität und Solidität können wir uns heute aber nicht leisten, wenn wir die Chancen der Zukunft nutzen wollen, dauerhaft neue und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Absicherung langfristig zu sichern, erfolgreich Umweltpolitik zu betreiben und vor allem der jungen Generation gute Zukunftsperspektiven zu bieten. Wer wie die SPD mit noch höheren Energiesteuern, mit Ergänzungsabgabe, mit Erhöhung der Spitzensteuersätze, der Erbschaft- und der Vermögensteuer weiter massiv draufsatteln will, der schröpft Bürger und Unternehmen und zwingt die Konjunktur weiter in die Knie und leistet damit einem weiteren Arbeitsplatzabbau Vorschub.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit verlangt von allen Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Kraft und den Mut aufzubringen, die notwendigen finanzpolitischen Weichenstellungen vorzunehmen. Es geht auch darum, den Anstieg der Staatsausgaben konsequent zu begrenzen, die Staatsquote langfristig wieder zurückzuführen, die Nettokreditaufnahme des Bundes nicht weiter anwachsen zu lassen, mittelfristig die Perspektive auf steuerliche Entlastungen zu eröffnen und neue Wachstumsimpulse zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu setzen. Gerade hierfür müssen wir jetzt entschlossen die Weichen stellen. Dazu fehlt der SPD die Kraft.

### Mitteldeutsche Kali AG rechnet mit Millionen-Auftrag aus China

Mit einem Auftrag über 15 Millionen DM aus China rechnet die Mitteldeutsche Kali AG (MdK/Sondershausen). Voraussichtlich 1994 könne das Werk Unterbreizbach 70.000 bis 80.000 Tonnen Kali liefern, sagte Vorstandssprecher Friedhelm Teusch. Das Geschäft gehört zu den 20 Abkommen und Verträgen über drei Milliarden DM, die bei der China-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichnet wurden.

# Senioren-Union arbeitet an einer europäischen Seniorenpolitik

Ein europäisches Parlament der Senioren tagte vom 22. bis 24. November 1993 in Luxemburg. Die Initiative zu dieser vom Europäischen Parlament organisierten Sitzung ging vom Sozialausschuß aus, der die beiden Europaabgeordneten Raf Chanterie (EVP-Belgien) und Ben Fayot (SPE-Luxemburg) beauftragt hatte, einen Bericht über die Situation der Senioren in der Europäischen Union zu erstellen.

Dem Parlament der Senioren gehörten — der Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes entsprechend — 518 Delegierte der älteren Generation sowie 18 Vertreter aus den neuen Bundesländern an. Die Christdemokraten (Europäische Volkspartei/EVP) waren mit 163 Delegierten vertreten.

Mehr als 30 Delegierte der Senioren-Union der CDU haben die Parlamentstage der älteren Generation beim Europäischen Parlament in Luxemburg wahr genommen. Damit haben Senioren zum ersten Mal auf europäischer Ebene entscheidende Positionen zu einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik nicht nur besetzt, sondern darüber hinaus auch in die europäischen Gremien eingebracht.

Besonders hervorzuheben sind folgende Beschlüsse von den Parlamentstagen der älteren Generation:

## ● Im Hinblick auf die Einkommen:

► Die Renten aus der gesetzlichen Altersversorgung bleiben das wichtigste Element der Altersrenten in den Mitgliedstaaten.

## ● Eigenverantwortung:

► Die Mehrheit der Senioren ist in der Lage, eigenverantwortlich und selbständig am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

► Ältere Menschen sollten möglichst lange in der häuslichen und familiären Umgebung bleiben können. Deswegen muß die Möglichkeit der ambulanten Hilfe und Pflege erweitert werden.

► Angesichts der Kosten der medizinischen Versorgung und der Pflege im Alter und des damit verbundenen Risikos der Verarmung der Betroffenen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, dieses Risiko z. B. durch eine Pflegeversicherung so abzusichern, daß allen Senioren eine angemessene Betreuung gewährleistet wird.

## ● Arbeitsmarkt:

► Die Gesellschaft kann nicht auf das Wissen und die Erfahrung der Älteren verzichten.

► Die Älteren wollen das Rentenalter selbst bestimmen; den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll ein flexibles Ausscheiden in den Ruhestand gewährt werden;

► Die Mitgliedstaaten sollen Weiterbildung der älteren Menschen gestatten und unterstützen.

## ● Integration und Partizipation:

Die Schlußerklärung fordert Maßnahmen zur Verbesserung:

## Kabinett gibt positives Signal für Transrapid

**In ihrem Beschluß zum Transrapid hat die Bundesregierung am 8. Dezember das von der Wirtschaft vor wenigen Tagen vorgelegte Finanzierungskonzept als wichtigen Meilenstein für die Realisierung der Anwendungsgebiete gewertet.**

Sie sieht in diesem Vorschlag einen bedeutsamen Fortschritt, weil damit erstmals privates Kapital für den Betrieb und die Finanzierung eines großen Infrastrukturprojektes in erheblichem Umfang eingesetzt werden soll.

Die Bundesminister Paul Krüger und Matthias Wissmann äußerten sich zuversichtlich, daß nach Klärung noch offener Punkte nun rasch die definitive Entscheidung über den Bau der ersten Transrapid-Strecke von Hamburg nach Berlin fallen kann. Sie

hoben hervor, daß mit dem Kabinettsbeschluß ein Signal in der gegenwärtigen Diskussion zum Standort Deutschland gegeben wird, das zeigt, daß Staat und Wirtschaft in einer fairen Arbeits- und Risiko-Verteilung gemeinsam ein innovatives Verkehrssystem zur Anwendung bringen und ein Zeichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes setzen wollen.

Eine positive Entscheidung würde unserer Industrie neue Exportchancen eröffnen. Bei einer erfolgreichen internationalen Vermarktung gibt es positive Effekte auch für andere Branchen und damit für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland.

Mit dem Transrapid-Projekt Berlin-Hamburg werden zudem während der Bauzeit über 10 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen.

- ▶ der Mobilität durch Vorkehrungen im Bereich des Verkehrs, die Einführung eines Seniorenpasses, die Berücksichtigung der älteren behinderten Menschen;
- ▶ des Lebensumfeldes (Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsbau, Betreuungsmöglichkeiten, damit die älteren Menschen in der ihnen vertrauten Umgebung bleiben können);
- ▶ der sozialen Integration, insbesondere durch besseren Zugang zum Bildungswesen. Die Kommission wird aufgefordert, ein „Europäisches Programm zur Förderung des Austausches zwischen den Hochschulen für die älteren Menschen“ auszuarbeiten;
- ▶ der Teilnahme am politischen Leben. Die älteren Menschen müssen Zugang zu politischen Mandaten haben. Außerdem sollen nationale Seniorenparlamente und ein Europäischer Seniorenrat mit bera-

tender Funktion auf europäischer Ebene eingerichtet werden;

- ▶ der Sicherheit der älteren Menschen und des Schutzes vor Kriminalität.

Die europäischen Institutionen wurden aufgefordert, das Europäische Jahr der älteren Menschen mit einer gemeinsamen Erklärung zu den einschlägigen Folgemaßnahmen abzuschließen und 1994 einen Europäischen Aktionsplan für ältere Menschen festzulegen, der konkrete Maßnahmen und einen verbindlichen Zeitplan enthalten wird.

Damit wurden nunmehr die Ziele der Senioren-Union der CDU, die schon seit langem diese Themen unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Bernhard Worms aufgegriffen hat, dem Europäischen Parlament zur Durchsetzung auf europäischer Ebene aufgegeben. ■

# Freie Fahrt für die Bahn AG

**Die Umwandlung von Bundesbahn und Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft ist ein historisches Ereignis. Es markiert, wie auch die Postreform, die endgültige Abkehr von der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Vorstellung, daß öffentliche Dienstleistungen vom Staat und durch Beamte zu erbringen seien.**

Zukünftig bleiben nur noch das Schienennetz der Bahn und das Leitungsnetz der Post in der Verfügungsgewalt des Staates. Der Betrieb der Bahnen und der Postdienste wird in private Hände übertragen. Zugleich wird die Bahn entschuldet.

Aus der jetzt noch hochdefizitären und von starren Behördenstrukturen geprägten Bahn kann in Zukunft ein leistungsfähiges Verkehrs-Dienstleistungsunternehmen werden. Durch das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sowie durch den immer stärkeren Austausch zwischen Europa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten entstehen riesige Verkehrsströme.

## **Wettbewerb erzeugt den notwendigen Leistungsdruck**

Drehzscheibe dafür ist Deutschland. Wenn wir diese Aufgabe in einer für uns und unsere Nachbarn erträglichen und hilfreichen Weise gestalten wollen, dann müssen wir unsere Verkehrssysteme leistungsfähiger machen und aufeinander abstimmen. Dies können am besten private Unternehmen leisten, die miteinander im Wettbewerb liegen. Denn nur Wettbewerb erzeugt den Leistungsdruck, der zur Umgestaltung unseres Verkehrssystems notwendig ist.

Die Privatisierung der Bahn ist ein weit ausstrahlendes Signal. Sie wird Investitio-

nen auslösen und damit Arbeitsplätze schaffen. Ein modernes Verkehrssystem trägt im übrigen entscheidend zur Verbesserung des Zukunftsstandortes Deutschland bei, denn es steigert dessen Attraktivität für ausländische Investoren.

Die zweite wichtige Entscheidung dieser Woche, die Neufassung der Handwerksordnung, schafft mehr Flexibilität in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich. Kern der Novelle ist, daß Handwerker künftig Leistungen „aus einer Hand“ anbieten können, und zwar Dienste, die ihr eigenes Gewerbe wirtschaftlich ergänzen. Die

### **Von Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Handwerker haben damit die Möglichkeit, ihr Leistungsangebot auszuweiten und damit ihre Attraktivität zu steigern. Den Kunden bleibt eine umständliche Termin-Koordination erspart, wenn artverwandte Aufträge zu vergeben sind, für die bisher mehrere Handwerksbetriebe bemüht werden mußten.

Die neue Handwerksordnung erleichtert außerdem den Zugang zu den Handwerksberufen: Die vier Teile der Meisterprüfung können jetzt vor unterschiedlichen Prüfungsausschüssen abgelegt werden, was für die Prüflinge eine deutliche Zeitersparnis bringen kann. Außerdem wird die Handwerksordnung für den Europäischen Binnenmarkt geöffnet: Wer in einem Land der Europäischen Union einen Meistertitel nach den Qualitätskriterien erworben hat, die den deutschen entsprechen, kann sich in die deutsche Handwerksrolle eintragen lassen. ■

# CDU/CSU stimmt energiepolitischen Eckwerten der Bundesregierung zu

**Zur Erörterung der energiepolitischen Eckwerte in der Unionsfraktion erklärte am 30. November der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser:**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die von den Bundesministern für Wirtschaft und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorgelegten Eckwerte für ein Gesetz zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes nach eingehender Diskussion mit folgenden Maßgaben gebilligt:

- Die Subventionen für die Steinkohle-Verstromung werden ab 2001 zurückgeführt.
- Ein sprunghafter Anstieg der Strompreise in den neuen Bundesländern im Jahre 1996 muß vermieden werden.
- Die erneuerbaren Energien müssen von der Belastung mit dem Kohlepfennig ausgenommen werden. Die von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu zahlende Ausgleichsabgabe muß sich entsprechend dem Anteil des aus erneuerbaren Energien stammenden Stroms ermäßigen.

● Der Zusammenhang der weiteren Finanzierung der Steinkohleförderung mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

● Im Gesetzgebungsverfahren muß auch Klarheit über die weitere Finanzierung der Altlasten der Braunkohle in den neuen Bundesländern geschaffen werden.

Die Zustimmung beinhaltet auch, daß der Verordnung über die Erhöhung des Kohlepfennigs von 7,5 Prozent auf 8,5 Prozent ab 1. 1. 1994 zugestimmt wird.

Damit hat die Fraktion bekräftigt, welche große Bedeutung sie auch weiterhin einem vernünftigen Energiemix unter Einschluß auch von Kohle und Kernenergie beimißt und daß sie auch weiterhin Wert auf das Zustandekommen eines vertretbaren Energiekonsenses mit der Opposition legt.

Mit dem Beschluß, daß ein sprunghafter Anstieg der Strompreise in den neuen Bundesländern vermieden werden muß, hat die Fraktion betont, daß bei allen Anstrengungen zur Wiederbelebung der Konjunktur die neuen Bundesländer Priorität haben müssen.

## Neubrandenburger Werk rüstet Schützenpanzerwagen um

550 Schützenpanzerwagen der Nationalen Volksarmee werden ab Januar in Neubrandenburg für das schwedische Heer umgerüstet. Geschäftsführer der Systeminstandsetzungs- und -verwertungsgesellschaft (SIVG), Thomas Bockhold: Der Auftrag sichert vier Jahre die Beschäftigung der 300 Mitarbeiter. Die zur Nürnberger Diehl-Gruppe gehörende SIVG war aus dem größten Panzerreparaturwerk Europas hervorgegangen. Sie rüstet auch Fahrzeuge für UN-Einsätze um und baut Feuerwehrfahrzeuge.

# Umfragen sehen Reformkräfte in Rußland vor der Wahl leicht vorn

Am 12. Dezember wird für Rußlands junge Demokratie eine wichtige Entscheidung fallen; die Parlamentswahlen auf nationaler und kommunaler Ebene stehen an. Diese Wahlen werden vor allem eine Auseinandersetzung zwischen zwei Lagern: den Reformkräften, angeführt von Igor Gaidars Partei „Rußlands Wahl“, einerseits, sowie den kommunistischen und nationalistischen Kräften andererseits, zu denen sich noch die Agrarpartei gesellt.

Obwohl das Parlament nur eine Kraft — neben Präsident Jelzin — in der russischen Politik ist, werden bei den Parlamentswahlen jedoch wichtige Weichen für den künftigen Kurs des Landes gestellt: geht es weiter in Richtung Reformen oder zurück zu nationalistisch-kommunistischer Politik?

Eine Delegation des Weltverbandes der christdemokratischen und konservativen Parteien (IDU) traf bei einer Moskauer Reise mit russischen Spitzenpolitikern wie Kosyrew, Gaidar, Tschubai und Burbulis zusammen. Delegations-Teilnehmer Elmar Brok, Europaabgeordneter und Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Außenpolitik, faßt den Eindruck der Gespräche zusammen: „Es besteht die Hoffnung, daß die Reformkräfte um

Gaidar, Jawlinski, Schachrai, Sobtschak bei den Wahlen zusammen knapp die absolute Mehrheit der Sitze bekommen, da wegen der 5-Prozent-Klausel rund 45 Prozent der Stimmen reichen könnten.“ Gleichzeitig gab er jedoch zu bedenken, daß auch der Block der Kommunisten und Nationalisten zusammen mit der Agrarpartei „eine nicht unbedeutende Stärke“ erreichen könne, insbesondere weil diese Kräfte landesweit sehr gut organisiert seien.

Die Reformkräfte sind darüber hinaus kein in sich geschlossener Block, unter

**IDU-Reise nach Moskau bringt neue Erkenntnisse über bevorstehende Parlamentswahlen.**

anderem wegen Rivalitäten zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gaidar, MP Tschernomyrdin und Schachrai. Die Reformer leiden auch darunter, daß sich Präsident Jelzin nicht öffentlich hinter die Gaidar-Partei „Rußlands Wahl“ stellt.

Von den Reformkräften wird die IDU als wichtigster internationaler Partner angesehen, während die Sozialisten bisher noch keine ernsthaften Ansprechpartner haben. Besondere Unterstützung erbat Gaidar und Jelzin-Berater Burbulis von der IDU für den Aufbau einer landesweiten Parteiorganisation nach den Wahlen. Bisher scheint es mit einer rußlandweiten Wirkung der Reformpolitiker nicht zum besten bestellt, da der Wahlkampf — vorwiegend über das Fernsehen — nicht flächendeckend geführt wird. ■

„**Kommunalpolitik im Zeichen der Wiedervereinigung**“ ist der Titel eines schmalen Bändchens, in dem sich Manfred Rommel, Oberbürgermeister in Stuttgart, mit der Frage des Ausgleichs zwischen Allgemeinwohl und dem Interesse einzelner Bürger befaßt. — C. F. Müller Juristischer Verlag GmbH, Heidelberg, 24 Seiten, 18 DM.

# GATT-Abschluß darf Gemeinsame Agrarpolitik nicht behindern

**Für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft ist neben den Rahmenbedingungen der Europäischen Union das Ergebnis der GATT-Verhandlungen von entscheidender Bedeutung.**

Die Position der Bundesregierung zum GATT ist klar und unverändert: Wir unterstützen die Kommission darin, bis zum 15. Dezember einen Abschluß der Verhandlungen zu erreichen.

Ebenso klar und unverändert sind aber auch unsere Forderungen an das GATT: Ein Abschluß muß vereinbar sein mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Konkret bedeutet das:

- Zentrale Elemente der Reform wie Preisausgleichszahlungen und Stillungsprämien dürfen nicht in Frage gestellt werden.
- Es ist ein ausreichender Außenschutz zu gewährleisten, damit die Rückführung der Produktion in der EU nicht unterlaufen wird.

Schließlich reduzieren wir in Europa nicht mit viel Geld z.B. die Getreideerzeugung, um Raum zu schaffen für noch mehr Importe vom Weltmarkt.

Ohnehin ist die EU schon weltweit der größte Importeur von Agrarprodukten. Wir verfolgen keine Politik des „closed shop“.

Im Gegenteil:

- Der Importüberschuß der EU für Güter der Land- und Ernährungswirtschaft betrug 1991 rd. 22 Mrd. DM.
- Deutschland ist mit einem Importüberschuß von 29 Mrd. DM nach Japan zweitgrößter Agrar-Nettoimporteur der Welt.

Nach Angaben der Kommission erfüllt der Blair-House-Kompromiß mit den USA unsere Forderungen.

Das wird jedoch von den Franzosen bezweifelt. Auch wir und andere Mitgliedstaaten haben noch Fragen, die es zu klären gilt.

Dazu gehören insbesondere:

- die langfristige Absicherung der europäischen Agrarpolitik
- und eine angemessene Teilnahme der europäischen Landwirtschaft an neuen Marktchancen auf den Weltmärkten.

Die Gespräche zwischen der EU und den USA von Anfang letzter Woche haben Fortschritte gebracht, aber noch nicht

**Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert anläßlich einer Diskussion mit dem Ausschuß für Agrarwirtschaft des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 29. November in Bonn**

zum Ziel geführt. Der aktuelle Verhandlungsstand zeigt, daß es falsch war, die Probleme bei den GATT-Verhandlungen allein dem Agrarbereich zuzuschreiben.

Zu lange hat man die Agrarfragen vorge-schoben, um von den Problemen in anderen Bereichen abzulenken. Noch immer sind zum Beispiel die Bereiche Stahl, Luftfahrt sowie Film und Fernsehen strittig.

Die nächsten zwei Wochen müssen genutzt werden, um eine Einigung zu erzielen. Wir stehen an einem entscheidenden Punkt.

# Auch Arbeiten in einem fremden Handwerk können miterledigt werden

Zur Verabschiedung der Novellierung der Handwerksordnung am 2. Dezember im Deutschen Bundestag erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Schemken:

Mit der Novellierung der Handwerksordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich das Handwerk dem wirtschaftlichen Wandel und den technologischen, institutionellen und rechtlichen Änderungen der Rahmenbedingungen marktgerecht anpassen kann.

● Im Interesse der Verbraucher und Handwerker werden die Möglichkeiten zur „Leistung aus erster Hand“ verbessert. Bei der Durchführung eines Auftrags darf nun der Handwerker auch Arbeiten in einem fremden Handwerk miterledigen, wenn sie sein eigenes Leistungsangebot wirtschaftlich ergänzen. Das Betriebsleiterprivileg wird ausgeweitet, um wirtschaftlich zusammenhängende Handwerke ausüben zu können. Die Zahl „verwandter“ Handwerke wird erweitert. Bei Nachweis der erforderlichen Kenntnisse können andere Handwerke ganz oder in Teilbereichen wahrgenommen werden.

● Der Zugang zur Handwerksausübung wird erleichtert. Der große Befähigungsnachweis bleibt bestehen, wobei der Zugang zur selbständigen Handwerksausübung erleichtert wird. Insbesondere wird die Handwerksordnung den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes angepaßt und für den europäischen Wirtschaftsraum geöffnet.

● Die Rechte der Arbeitnehmer bei der Mitwirkung in der Selbstverwaltung des Handwerks werden verbessert. Nicht nur

Meister, Gesellen und Lehrlinge gehören den Handwerkskammern an und sind wahlberechtigt, sondern jetzt alle Arbeitnehmer im Handwerk. Selbständige und ausländische Arbeitnehmer sind in Zukunft voll wahlberechtigt. Auch gehen Wahlrecht und Mandate von Arbeitnehmern im Handwerk durch vorübergehende bzw. kurzfristige Arbeitslosigkeit nicht mehr verloren. Die Wahl der Vizepräsidenten der Handwerkskammern darf nicht gegen die Mehrheit der Stimmen der Gruppe, der sie angehören, erfolgen. Damit werden die Rechte der Arbeitnehmervertreter gestärkt.

Die Novelle geht auf eine interfraktionale Gesetzesinitiative zurück, der eingehende Beratungen und Abstimmungsgespräche zwischen den Interessenvertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Zentralverbandes des Deutschen Kolpingwerkes vorausgingen. Es ist dabei besonders herauszuheben, daß hiermit eine Handwerksnovelle auf den Weg gebracht worden ist, der einstimmig die Zustimmung erteilt worden ist.

**Der Handwerksmeister darf bei der Ausführung eines konkreten Auftrages Arbeiten in anderen Handwerken, die das Leistungsangebot des eigenen Handwerks wirtschaftlich ergänzen, mit ausführen. So darf künftig der Tischlermeister, der einen Stuhl herstellt, diesen auch polstern. Und der Elektromeister, der seine Leitungen verlegt, darf nach dieser neuen Vorschrift kleinere Fliesenarbeiten miterledigen.**

**Ernst Hinsken, MdB**

## Landesparteitag in Magdeburg

# Karl-Heinz Daehre zum Vorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalt gewählt

**Geschlossenheit demonstrierten die Delegierten der krisengeschüttelten CDU Sachsen-Anhalt, die einen Tag vor dem 2. Advent im Magdeburger Congreß Center zum 5. Landesparteitag in ihrer jungen Geschichte zusammengekommen waren.**

Mit fast 90 Prozent der Stimmen wählten die 226 Delegierten den Kreisvorsitzenden des Bördekreises, Karl-Heinz Daehre MdL, zum Nachfolger von Werner Münch, der auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Der 49jährige Chemiker, Anfang 1990 in die CDU Sachsen-Anhalt eingetreten, zog bei den Landtagswahlen 1990 mit einem Direktmandat in den Magdeburger Landtag ein und wurde im September 1991 ins Kabinett berufen.

Als Minister für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen machte sich Daehre über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus bekannt, insbesondere als Sprecher der ostdeutschen Bauminister. Höhepunkte des Parteitages waren die Reden des neuen Ministerpräsidenten Christoph Bergner und von Bundeskanzler Helmut Kohl, der für ca. zwei Stunden Gast in Magdeburg war.

Mit stürmischem Beifall begrüßten die Teilnehmer den neugewählten Ministerpräsidenten. Bergner war am Donnerstag zuvor vom Landtag mit großer Mehrheit (60 von 106 Stimmen) zum dritten Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt worden. Die CDU setzt ihre ganze Hoffnung in den bescheidenen Mann aus Halle, der seit 1971 Mitglied der CDU ist, aber vor der Wende kein

Amt ausübte. Nach der Wende betätigte sich Bergner kurzzeitig beim Neuen Forum.

Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende sagte der CDU Sachsen-Anhalt volle Unterstützung im Wahlkampf zu. Helmut Kohl lobte Bergner mit den Worten: „Hier hat sich einer selbst in die Pflicht genommen.“ Wie kein anderer habe Bergner Verantwortung übernommen.

Der neue Landesvorsitzende Karl-Heinz Daehre will auf mehr Teamgeist und Basisnähe setzen. Sein erklärtes Ziel ist es, regelmäßig die Parteibasis in die

### Ministerpräsident Christoph Bergner stürmisch gefeiert

Arbeit des Landesverbandes einzubeziehen. An Daehres Seite stehen drei neue stellvertretende Landesvorsitzende: die amtierende Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke MdL (Mansfelder Land) und Hartmut Perschau (Westliche Altmark) und Wolfgang Böhmer MdL (Wittenberg). In seinem Amt als Schatzmeister bestätigt wurde Michael Josten (Halle).

Zur Vorbereitung des Wahljahres 1994 verabschiedeten die Delegierten am Ende eines langen Parteitages die Verfahrensordnung zur Aufstellung der Bewerber für die Wahlen. Darin ist für die Wahlkreisebene verbindlich vorgeschrieben, die Direktkandidaten in Mitgliederversammlungen aufzustellen. Delegiertenversammlungen sind nur für die Landesebene zulässig.

# Ottfried Hennig: Die Partei hat keinen Tag mehr zu verlieren

Als ein „Gaunerstück“, das man in ganz Deutschland zur Kenntnis nehmen müsse, hat der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, die neuen Erkenntnisse in der Kieler Schubladen-Affäre und die Rolle der SPD in der Kieler Affäre von 1987/88 bezeichnet. Es sei ein Akt des Anstandes und der Fairneß, sagte Kohl, daß sich die SPD-Spitze endlich zu dem Thema äußere.

Helmut Kohl erntete „standing ovations“, als er vor der Landesdelegiertenversammlung der schleswig-holsteinischen CDU in Travemünde sprach. Der Bundeskanzler forderte die Menschen in Deutschland zu radikalem Umdenken auf. Er ging scharf mit der SPD und ihrem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten ins Gericht. Heute böten sich diejenigen als Sachwalter aller Deutschen an, die in der Vergangenheit die Idee der Einheit verraten und z. B. die Gelder für die Erfassungsstelle in Salzgitter gestrichen hätten.

Der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Ottfried Hennig rief die gesamte CDU zu mehr Geschlossenheit auf.

„Profilierung zum jetzigen Zeitpunkt auf Kosten des Ganzen nützt gar nichts und niemandem, denn sie schadet unseren Wahlchancen im März. Schlechte Wahlergebnisse im März verschlechtern die Wahlchancen aller folgenden Wahlen. Niederlagen bei den Landtagswahlen gefährden wiederum ganz entscheidend unsere Wahlchancen bei der Bundestagswahl“, sagte der CDU-Landesvorsitzende.

Die Partei habe keinen Tag mehr zu verlieren, sie müsse jetzt durchstarten.

Die CDU Schleswig-Holstein habe ihr Haus bestellt.

- „Wir sind gestärkt im Bewußtsein, daß die Scheinheiligkeit der Regierenden, die das Land seit fünf Jahren in Gut und Böse einteilte, wobei wir immer die Bösen und die Regierenden immer die Guten waren, jetzt ein Ende findet;
- wir sind gestärkt im Bewußtsein, daß wir die bessere inhaltliche und programmatische Alternative entwickelt haben,

***Die Reform unserer Parteiarbeit steht nicht nur auf dem Papier, sondern wird bereits überall in praktische Politik umgesetzt.***

mit der wir den Anspruch auf die politische Führung in unserem Land untermauern;

- und wir sind gestärkt in dem Bewußtsein, daß die Reform der Parteiarbeit nicht nur auf dem Papier von Parteitagsschlüssen steht, sondern auf allen Ebenen, von den Orts- über die Kreisverbände bis zum Landesverband in praktische Politik umgesetzt wird“, sagte Hennig.

Für die Landesliste zur Bundestagswahl nominierte die CDU Schleswig-Holstein folgende Politiker und Politikerinnen: Gerhard Stoltenberg, Peter Kurt Würzbach, Anke Eymer, Dietrich Austermann, Michael von Schmude, Rolf Olderog, Wolfgang Börnsen, Peter Harry Carstensen, Helmut Lamp, Gert Willner, Britta Lenz, Uwe Greve.

# Bestellschein

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

- Geschichte der **CDU**

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 Abt. Information  
 Herrn Geiser  
 Friedrich-Ebert-Allee 73-75

53113 Bonn

.....  
CDU-Verband.....  
Name, Vorname.....  
Straße.....  
Plz., Ort**Telefax: 0228 / 544-341**

## Ja, ich bestelle:

.....Expl **"Geschichte der CDU 1945 - 1982"**  
 v. Hans -Otto Kleinmann, Hrsg. von Günther Buchstab, Stuttgart 1993. 544 Seiten  
 zum Preis von DM 29,- /je Expl. incl. MwSt. zzgl. Versand

.....  
Datum,.....  
Unterschrift**Angebot gilt nur noch bis 31. Januar 1994**

**GESCHICHTE DER CDU.** In der Deutschen Verlags-Anstalt ist ein Buch erschienen, das für die Arbeit der Partei von großem Interesse ist:

Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945—1982. Hrsg. von Günther Buchstab. Dieses Buch behandelt nicht nur die Geschichte der CDU von ihrer Gründung bis zur Kanzlerwahl Helmut Kohls, es widmet auch der CDU als Europapartei ein eigenes Kapitel. Durch sein ausführliches Namens- und Sachregister ist dieses Buch als Nachschlagewerk für und über unsere Partei besonders geeignet. — Bestellungen zum Aktionspreis von 29,— DM bitte ausschließlich mit dem o. a. Bestellschein.

# Eine Menge einfallsreicher Vorstellungen unbefangen entwickelt

Um auch die neuen Mitglieder der CDU an den bereits auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen für den Kommunalwahlkampf in Schleswig-

## OKTOBER

Holstein zu beteiligen, hat Landesgeschäftsführer Jochen von Allwörden im Oktober zu Frühschoppen-Gespräch und Abend-Dialog eingeladen.

Viele kamen und erörterten mit dem Gastgeber neue Möglichkeiten der gezielten Wähleransprache.

Für Idee, Vorbereitung und Durchführung dieser beiden Veranstaltungen, in denen eine Menge einfallsreicher Vorstellungen so unbefangen entwickelt wurden, wie es vor allem Neumitgliedern gelingt, hat Generalsekretär Peter Hintze der schleswig-holsteinischen CDU seinen Dank ausgesprochen und zur Anerkennung die Urkunde für die „Aktion des Monats“ Oktober verliehen.



**Landesgeschäftsführer Jochen von Allwörden: Sowohl das Frühschoppengespräch als auch der Abenddialog mit neuen Mitgliedern waren ein voller Erfolg.**

Peter Hintze würdigte diese Aktion als gelungene Veranstaltung gerade in einer Zeit, wie er in einem Brief an den Landesgeschäftsführer formulierte, großer Politikverdrossenheit und machte der Landespartei als Dankeschön die Konrad-Adenauer-Münze der CDU in Silber zum Geschenk.

## Prohliser Herbstfest

Mit dem zweiten Preis wurde diesmal der Kreisverband Dresden-Stadt für das zweite Prohliser Herbstfest ausgezeichnet. Nach Meinung der unabhängigen Auswahlkommission war diese Aktion

## „Aktion des Monats“

wieder ein voller Erfolg: Mehreren tausend Besuchern konnte sich eine „sympathische CDU“ vorstellen.

Mitten in einem großen Neubaugebiet fand ein buntes Markttreiben statt, lockten interessante Attraktionen, und präsentierte die CDU Kommunalpolitik mit Informationen zur Stadtplanung und Diskussionen mit Kommunal- und Landespolitikern.

Als Anerkennung und zur weiteren Unterstützung der zukünftigen Arbeit — gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr 1994 — erhielt der Kreisverband einen „Canvassing-Stand“, mit dem der Generalsekretär in einem Brief die Erwartung verband, daß er für die aktive Kreis- und Ortsverbandsarbeit nützlich sein werde.



**Bier-Trabi wirbt für sächsische Produkte.**



◀ **Schirmherr des Herbstfestes, Landespräsident Erich Illgen, bei der Programmabsprache.**

▲ **Großes Interesse an Informationsmaterial an den Ständen des Kreisverbandes.**

## „Rund ums Kind“

Für die Informationsbörse „Rund ums Kind“ ist Frau Ulla Schmidt MdL aus Dernbach mit dem dritten Preis ausgezeichnet worden.

Zusammen mit der Frauen-Union Westerwald und den Gemeindeverbänden Montabaur und Wirges hat sie nach Meinung der Auswahlkommission eine hervorragende Aktion für Erwachsene und Kinder durchgeführt, die die Beteiligten sicherlich nicht so schnell vergessen werden. Die Veranstaltung war, gerade weil sie von Eltern, Kindern und

Großeltern besucht wurde, besonders öffentlichkeitswirksam und empfiehlt sich zur Nachahmung.

Die Frauen-Union stellte ihre Aktion „Gegen Gewalt in Medien“ vor, eine Ernährungsberaterin der AOK „Das gesunde Kindergarten- und Schulfrühstück“ und das Diakonische Werk die Initiative „Kinder gegen Süchte stark machen“.

Schüler der Kreismusikschule luden die Kleinsten zur „Musikalischen Früherziehung“ ein, und die Jugendverkehrsschule übte auf einem Verkehrsparcour mit dem Fahrrad den „sicheren Schulweg“. In einer „Riesenhüpfburg“, die die Kreis-

## Machen Sie weiter mit!

Nach den vielen Einsendungen seit dem Sommer diesen Jahres, als Generalsekretär Peter Hintze die Auswahl einer „Aktion des Monats“ anregte und die Landes-, Kreis-, Ortsverbände und Vereinigungen zur regen Teilnahme aufforderte, möchten wir, daß es im nächsten Jahr mit dem gleichen Schwung, dem gleichen

Einfallsreichtum und Engagement weitergeht.

Wir wiederholen deshalb die Aufforderung des Generalsekretärs noch einmal. Nicht nur die prämierten Beispiele, sondern auch alle anderen, die wir im nächsten Jahr in einer Dokumentation vorstellen werden, sollen zur Nachahmung anregen und die Bereitschaft in der CDU zu Aktionen fördern.

sparkasse stiftete, konnten sich die Kinder nach Herzenslust austoben.

Nach dem Fachvortrag von Professor Dr. Johannes Pechstein, Leiter des Kinderneurologischen Zentrums Mainz, „Wie erziehen wir zu Tugenden?“ ergab sich für Erzieher, Lehrer und Eltern eine willkommene Gelegenheit zum „Fachsimpeln“.

Auch der dritte Preis war ein Canvassing-Stand für die Kreis- und Ortsverbandsarbeit. Peter Hintze dankte den Initiatoren und ihren Mithelfern und drückte auch Ihnen seine Anerkennung für die gelungene Aktion aus.



Hier dreht sich alles um die lieben Kleinen.



## Materialien zur Mitgliederwerbung

### ● Leitfaden – Mitgliederwerbung

#### Ab jetzt ist Saison für Mitgliederwerbung

Über die Notwendigkeit, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, gibt es keinen Zweifel. Situationsbeschreibungen, Schuldzuweisungen oder Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit zurückgehenden Mitgliederzahlen gibt es viele. Die CDU will und muß auf diese Herausforderung reagieren. „Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei“ ist das Motto, mit dem wir zur richtigen Zeit Zeichen setzen wollen. Für Engagement und gegen Politikverdrossenheit. Für Demokratie und gegen Radikalismus von links und rechts. Die in diesem Leitfaden vorgeschlagenen Maßnahmen und Vorgehensweisen haben sich entweder bereits in der Vergangenheit gut bewährt oder wurden aktuell in Zusammenarbeit mit den CDU-Verbänden in allen Teilen Deutschlands entwickelt und erprobt.

— *Zur Nachahmung empfohlen.* —

Bestell-Nr.: **6591**

Mindestbestellmenge: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 16 DM

**Zusätzlich gibt es noch drei weitere Broschüren, die Ihnen wichtige Informationen und Tips für die Ansprache der verschiedenen Zielgruppen geben, z. B. über das Wahlverhalten, die Wahlbeteiligung oder das Freizeitverhalten der entsprechenden Zielgruppen**

### ● Jugend im geeinten Deutschland

Bestell-Nr.: **4590**

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12 DM

### ● Frauen im geeinten Deutschland

Bestell-Nr.: **4602**

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12 DM

### ● Die Bedeutung der Senioren für die CDU

Bestell-Nr.: **4589**

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12 DM

## MITGLIEDERWERBUNG

# Leitfaden

Teil 1:

*Zielgruppenansprache*

Teil 2:

*Aus Gästen werden Mitglieder*

ZEIT  
Ergreifen  
Sie Partei!  
ZUM  
MITMACHEN!  
CDU

## Aufnahmeantrag jetzt in neuer Form

Der neue „Aufnahmeantrag“ der CDU ersetzt die bisher gewohnten Formulare „Beitrittserklärungen mit/ohne Staffel“. Die bis dato verwendete Beitragsstaffel gibt es jetzt ausschließlich als Beilegekarte und kann, sofern gewünscht, zusätzlich bestellt werden. Aufgrund der neuen Gestaltung des Aufnahmeantrages ist es jetzt möglich, den Teil Zusatzangaben abzutrennen, um den Aufnahmeantrag auf das Wesentliche zu beschränken. Diese Angaben können dann zu einem späteren Zeitpunkt mit dem neuen Formular „Zusatzangaben zum Aufnahmeantrag“ per Post abgefragt werden.

### ● Aufnahmeantrag der CDU

Bestell-Nr.: 6719  
Verpackungseinheit: 150 Expl.

### ● Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nr.: 6721  
Verpackungseinheit: 50 Expl.

### ● Beitragsstaffel als Beilegekarte zum Aufnahmeantrag

Bestell-Nr.: 6720  
Verpackungseinheit: 150 Expl.

Auch der neugestaltete Aufnahmeantrag, der Abfragebogen sowie die Beitragsstaffel können wie gewohnt kostenlos über das IS-Versandzentrum bestellt werden.

**Bestellungen an:**  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 11 64**  
**33759 Vermold**  
**Fax (0 54 23) 4 15 21**

**ZEIT** *Ergreifen  
Sie Partei!*

 **ZUM  
MITMACHEN!**

**CDU**

**AUFNAHMEANTRAG**

## Werbemittel der Frauen-Union

### ● Wie Familien wohnen wollen

wird selten gefragt und noch seltener berücksichtigt. Dabei sind Wohnung und Wohnumfeld der wichtigste Lebensraum für die Familie. Wer bei Wohnungsbau und Stadtplanung die unterschiedlichen Bedürfnisse kleiner und großer Kinder, von Mutter, Vater und der älteren Generation miteinbezieht, hilft, Konflikte im Zusammenleben zu vermeiden und eröffnet neue Chancen für die Entfaltung der Kinder. Die nun vorliegende Dokumentation ist das Ergebnis eines Expertengesprächs, das auf Einladung der Frauen-Union durchgeführt wurde. Sie richtet sich an alle Entscheidungsträger in Wohnungsbau und Stadtplanung, um die eingefahrenen Wege zu verlassen und um die vielen zeitgemäßen Modelle und Ideen in die Praxis umzusetzen, bzw. auch an alle Verbände und Vereinigungen, damit durch diese die neuen Ideen bei den entscheidenden Stellen eingefordert werden.

Bestell-Nr.: **4471**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Exemplar: 3,50 DM



### ● Erkennungszeichen der FU als Aufkleber

Bestell-Nr.: **9081**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 15 DM

### ● Satzung der Frauen-Union

mit Beitragsregelung, Verfahrens- und Geschäftsordnung sowie mit den Adressen aller Landesgeschäftsstellen der Frauen-Union.

Stand: Juni 1993

Bestell-Nr.: **6613**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 11,70 DM

### ● Leitfaden: Kleine Hände

Hilfen in Bedrängnis — Für Mütter, Väter und Kinder

Bestell-Nr.: **5293**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,75 DM

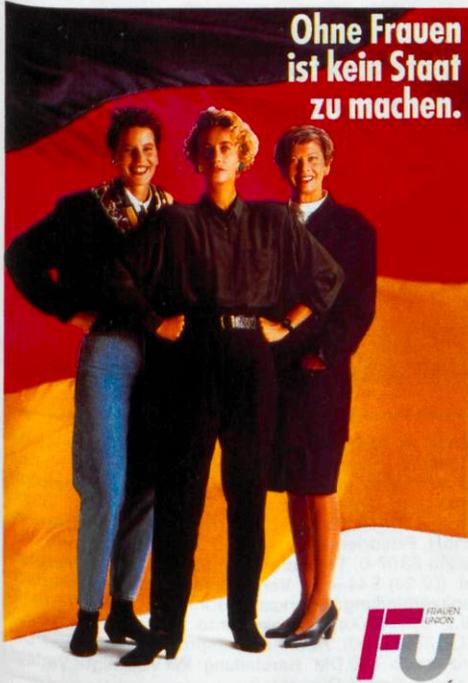
**Bestellungen an:**  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 11 64**  
**33759 Versmold**  
**Fax (0 54 23) 4 15 21**

● **Mit Grips ohne Schlips,  
Poster DIN A1**

Bestell-Nr.: 7722  
Verpackungseinheit: 25 Expl.  
Preis je 25 Expl.: 16 DM

● **Ohne Frauen  
ist kein Staat zu machen,  
Poster DIN A1**

Bestell-Nr. 7333  
Verpackungseinheit: 50 Expl.  
Preis je 50 Expl.: 36 DM



**Mit Grips  
ohne Schlips.**



● **Aufkleber: Ohne Frauen  
ist kein Staat zu machen**

Bestell-Nr.: 9249  
Verpackungseinheit: 50 Expl.  
Preis je 50 Expl.: 15 DM

● **Beitrittserklärung der  
Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 6425  
Verpackungseinheit: 50 Expl.  
Preis je Verpackungseinheit:  
kostenlos

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## CDU-Eiskratzer in neuer Qualität

**W**eihnachtszeit, das ist in unseren Breitengraden auch immer die kalte Jahreszeit, d. h. zugefrorene Scheiben, verschmutzte Scheinwerfer behindern wieder die Sicht. Unser neuer CDU-Eiskratzer schafft hier Abhilfe.

### Und was ist da daran neu?

Der neue Eiskratzer ist größer, besteht aus stärkerem Material und besitzt einen langen Griff, damit die Finger nicht schmutzig werden.

### Und wo bleibt der Umweltschutz?

Der neue Eiskratzer besteht aus recycelten bzw. wieder eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polysterol, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern benötigt wird, und ist somit ein weiterer Beitrag zum Abbau der Müllberge.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl. 69, — DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

Postfach 1164, 33759 Versmold

Fax (054 23) 4 1521



# UiD

39/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52, — DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.